Rechenschaftsbericht der ZRK 2017

1. Interkantonale Zusammenarbeit und Interessenvertretung

Die interkantonale Zusammenarbeit ist vielfältig. Sie erfolgt in unterschiedlichen Bereichen und in variablen Geometrien, wobei die Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen im Vordergrund steht. Wichtige Rahmenbedingungen stellen dabei das wirtschaftliche und finanzpolitische Umfeld dar, namentlich der Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Steuerwettbewerb unter den Kantonen.

Die Interessen der Zentralschweiz sollen gegenüber dem Bund und gegenüber anderen Regionen verstärkt vertreten werden. Instrumente für diese Aufgabe sind insbesondere das jährliche Treffen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und ein Monitoring der Bundesgeschäfte, welches im Verlauf des Jahres 2015 vom ZRK-Sekretariat aufgebaut wurde und seither über den Closed User-Bereich der Website der ZRK allen Mitgliedern der Regierungen und den Staatsschreibern zugänglich ist.

2. Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

Zusammenarbeitsprojekte

2017 wurden rund 40 Zusammenarbeitsprojekte (vgl. Projektliste und Arbeitsschwergewichte, Stand 25. Mai 2017 auf www.zrk.ch/Projekte) bearbeitet, dies hauptsächlich unter der Führung der sieben ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen. Neben Projekten behandelten die Direktorenkonferenzen insbesondere Tagesgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch.

Die Website der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), www.zrk.ch, ist Arbeitsinstrument für Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte, aber auch Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger der Zentralschweiz. Der Einstieg erfolgt über folgende Portale: Organisation, Grundlagen, Projekte, Plenarversammlung, Trägerschaften, Kantone und Mitteilungen. Die Homepage enthält zudem einen geschützten Bereich, der nur Behördenmitgliedern zugänglich ist.

Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Das Präsidium der Zentralschweizer Regierungskonferenz hatte 2017 Regierungsrätin Dr. Heidi Z'graggen, UR, inne. Landammann Othmar Reichmuth, SZ, war 2017 Vizepräsident der ZRK.

Am 19. Mai 2017 konnte die Zentralschweizer Regierungskonferenz in Andermatt die 100. Plenarversammlung begehen. Dr. Peter Grünenfelder, Direktor der avenir suisse und ehemaliger Staatsschreiber des Kantons Aargau, bereicherte die Sitzung mit einem Referat zum Thema «Die Rolle der Kantone bei den anstehenden Reformen für eine attraktive Schweiz». An der anschliessenden Feier mit aktiven und ehemaligen Regierungsmitgliedern der Zentralschweiz nahmen auch der Präsident der KdK, Regierungsrat Benedikt Würth, und Ständeratspräsident Ivo Bischofberger, sowie die Generalsekretärin der KdK, Sandra Maissen, teil. Themen waren unter anderem die überarbeitete ZRK-Strategie sowie die Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021.

In der 101. Plenarversammlung vom 30. November 2017 standen das Thema Asyl, Richtlinien für die Wärme- und Kältenutzung des Vierwaldstättersees sowie drei neue Projekte im Bereich der Interessenvertretung der Zentralschweiz im Zentrum.

Am 1. Februar 2017 fand das achte Treffen einer Zentralschweizer Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern statt. Im Zentrum des Treffens standen die gemeinsamen Interessen der Zentralschweizer Kantonsregierungen hinsichtlich der «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI); Ausbauschritt 2030/35 und Perspektiven Bahnausbau für die Zentralschweiz» und den «Integrationspauschalen und Pauschalen für unbegleitete Minderjährige, UMA». Zudem wurden die Anwesenden über den Stand der Arbeiten im Bereich der «Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021» sowie des «Innovationsparks Zentralschweiz» informiert.

Zentralschweizer Direktorenkonferenzen

Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) erstellt jeweils einen eigenen Tätigkeitsbericht, der unter www.bildung-z.ch öffentlich zugänglich ist. Folgende Hauptgeschäfte zeichneten das Jahr 2017 aus: Die BKZ verabschiedete Massnahmen zur Verbesserung der Französischkenntnisse im Volksschulbereich und erliess zusätzlich Empfehlungen an die Adresse der Kantone. Die Öffentlichkeit wurde darüber informiert. Weiter setzte sich die BKZ mit der Filmförderung Zentralschweiz auseinander und beauftragte die Kulturbeauftragten-Konferenz Zentralschweiz, die Idee einer Filmstiftung Zentralschweiz weiterzuverfolgen. Zudem verabschiedete die BKZ eine Stellungnahme zum Projekt «Organisation der sprachregionalen Zusammenarbeit» der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz. Die BKZ stand auch 2017 unter dem Vorsitz von Regierungsrat Beat Jörg, UR.

Im Bereich des interkantonalen Kulturlastenausgleichs wurde die Diskussion mit den Ostschweizer Regierungsvertretungen betreffend eine allfällige geographische Erweiterung der Vereinbarungskantone weitergeführt. Die Geschäftsstelle erstellte bis Mitte Jahr Modellrechnungen für die Anwendung der beiden Methoden des ILV und der Ostschweizer Vereinbarung auf die Zentralschweiz und die Ostschweiz. Die Ergebnisse zeigten keine signifikanten Unterschiede zur heutigen Lösung. Der Hauptfokus lag 2017 auf den politischen Diskussionen. Der Auftrag des Grossen Rates des Kantons Aargau, die Vereinbarung neu zu verhandeln wurde vom Aargauer Regierungsrat an die Hand genommen. Im Kanton Schwyz hiess der Souverän den Antrag des Regierungsrates auf Austritt aus der Vereinbarung gut. Eine Abstimmungsbeschwerde lehnte das Verwaltungsgericht im Herbst 2017 ab. Der Kanton Schwyz wird deshalb auf Ende 2021 aus der Vereinbarung austreten. Der Regierungsrat hat versichert, die Beiträge weiterhin zu bezahlen, allerdings finanziert über den Lotteriefonds. Im Kanton Zug reichte die SVP-Fraktion einen Vorstoss auf Austritt aus der Vereinbarung ein. Die Motion war Ende Jahr vom Regierungsrat noch nicht beantwortet.

Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (ZBPUK)

Am 19. Mai 2017 fand die konstituierende Sitzung der neu aus der Fusion der «Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz» und der «Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz» entstandenen «Zentralschweizer Bau, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz, ZBPUK» statt. Die ZBPUK bearbeitet in Zukunft insbesondere die Themen in den Belangen Raumplanung, Gewässer-, Natur-, und Umweltschutz, Energie, Wasser- sowie Hoch- und Tiefbau, in einer Konferenz. Damit wird die Effizienz der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit ge-

stärkt und die Zusammenarbeit gebündelt. Zum ersten Präsidenten der fusionierten Konferenz wurde der Luzerner Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor, Regierungsrat Robert Küng, gewählt. Am 3. November 2017 fand die erste ordentliche Sitzung der ZBPUK statt. Der Fokus lag dabei auf dem Leistungsauftrag 2018-2021 der Zentralschweizer Umweltfachstellen (ZENTRUM). Zudem befasste sich die ZBPUK mit der Kampagne «e chline Schritt», dem Massnahmenplan Luft, dem Gebäudeprogramm im Bereich Energie sowie mit den verschiedenen Fachstellen der Konferenz.

Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz wurde auch 2018 von Regierungsrat Marcel Schwerzmann, LU, präsidiert und befasste sich nebst den wiederkehrenden Diskussionen zu den Finanzkennzahlen der Kantone schwergewichtig mit der Optimierung des nationalen Finanzausgleichs, der Unternehmenssteuerreform, USR III und der Steuervorlage 17 (SV 17) sowie der Stiftung CH2048 und deren Reformprojekt «Digitale Revolution». Die ZFDK erarbeitete je ein Positionspapier für die Optimierung des NFA und zur SV 17. Beide Positionen wurden im Januar 2018 am Zentralschweizer Parlamentariertreffen präsentiert. Auf der Traktandenliste der ZFDK standen auch die Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz, verschiedene Fragen rund um die Informatik, so z.B. mit dem Projekt E-Government sowie kurze Aussprachen zur Frage der strukturellen Einbindung der Revisionsstelle und zum Thema Transferzahlungen.

Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Seit 2010 ist die Leitung der ZGSDK aufgeteilt. Im Berichtsjahr stand Regierungsrat Martin Pfister, ZG, dem Bereich Gesundheit (ZGSDK-G) und Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard, ZG, dem Bereich Soziales (ZGSDK-S) vor. Die ZGSDK-G setzte sich 2017 schwergewichtig mit den Themen «Ambulant vor stationär», «Palliative Care» sowie «Hochspezialisierte Medizin» auseinander. In der Herbsttagung 2017 wurde die «Hochspezialisierte Medizin» vertieft behandelt und ein Positionspapier vorbereitet. Weiter bereitete die ZGSDK-G mit Blick auf das Parlamentarier-Treffen vom 17. Januar 2018 eine Orientierung zur gemeinsamen Positionierung in Bezug auf eine «Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen – EFAS» vor. Wie in den Vorjahren lag ein Augenmerk auf der Koordination der Zentralschweizer Position in Sachen Nationaler Gesundheitspolitik (GDK). Die ZGSDK-S befasste sich 2017 in Bezug auf das «Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981», mit den ausgewerteten Daten des Zentralschweizer Projekts «Individueller Betreuungsbedarf» und diskutierte über eine allfällige Ausweitung der Erfassungsdaten. Ein ständiges Traktandum war wie in den Vorjahren die Umsetzung der beschleunigten Asylverfahren und namentlich die Standortplanung der damit einhergehenden Bundesasylzentren in der Asylregion Süd- und Zentralschweiz. Weiter nahm die Konferenz den letzten jährlichen Bericht zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE), Bereich A (Angebotserhebung) zur Kenntnis und führte erneut einen Austausch betreffend Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) durch.

Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV)

Die ZKöV engagierte sich weiterhin im Rahmen der Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie der Gesamtperspektive Zentralschweiz (GPZ). Im Zusammenhang mit FABI hat die ZKöV den Vorsitz des Lenkungsausschusses der Planungsregion Zentralschweiz. An den zwei Sitzungen des Lenkungsausschusses hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) den aktuellen Stand der Arbeiten zum Ausbauschritt 2030/35 vorgestellt. Zudem konnten die Regierungsräte die Notwendigkeit eines Ausbaus der Bahninfrastruktur in der Zentralschweiz an einer Besprechung mit Bundesrätin Doris Leuthard darlegen.

Im September 2017 startete der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zum Ausbauschritt der Bahninfrastruktur 2030/35. Die ZKöV reichte eine Stellungnahme mit den gemeinsamen Anliegen der Zentralschweizer Kantone ein. Die ZKöV fordert insbesondere die baldige Realisierung der beiden Schlüsselelemente Zimmerberg-Basistunnel II und Durchgangsbahnhof Luzern.

Die ZKöV stand 2016 unter der Leitung von Landammann Othmar Reichmuth, SZ.

Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK)

Im Jahr 2017 wurde die Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK) von der Nidwaldner Sicherheits- und Justizdirektorin, Regierungsrätin Karin Kayser-Fruschti, präsidiert. Die Konferenz, der auch der Tessiner Sicherheitsdirektor angehört, tagte drei Mal, einmal davon auf Einladung des Kantons Tessin auf dem Gotthard.

Zu den Hauptthemen der Konferenz gehörte die interkantonale Zusammenarbeit. Im März genehmigte die Konferenz den Initialisierungsauftrag für das Projekt Vision 2025. Dieses hat zum Ziel eine oder zwei gemeinsame Einsatzleitzentralen zu schaffen. Mit einer interkantonalen Vereinbarung über den Vollzug von Strafen mit elektronischen Fussfesseln (Electronic Monitoring) wurde die Umsetzung dieser Form des Strafvollzugs sichergestellt. Ebenfalls im März startete die Konferenz ein Projekt zur Koordination der Haftplätze und ein Projekt zur Harmonisierung der Arbeitsgrundlage der ZPDK.

Im Zusammenhang mit dem Wegweisungsvollzug im Asylwesen hat die ZPDK eine Aussprache der Zentralschweizer Kantone mit dem EJPD initiiert. Inhaltlich ging es um den Standort des Bundeszentrums in der Zentralschweiz. Im Sachplan Asyl ist dieses in Schwyz (Wintersried) vorgesehen. Die Aussprache mit Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga fand im Herbst 2017 statt.

Schliesslich begleitete die Konferenz die verschiedenen Fachgruppen, welche besondere Themen auf zentralschweizerischer Ebene behandeln. So die Fachgruppe häusliche Gewalt und die Arbeitsgemeinschaft für die Ausbildung im Zivilschutz. Schliesslich waren die Geschäfte der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen- und -direktoren (KKJPD) und der Interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch (IPH) ständige Traktanden der Konferenz

Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Das Projekt „Innovationspark Zentralschweiz“ bildete 2017 den Arbeitsschwerpunkt der ZVDK. Im Zentrum stand dabei die Wahl des definitiven Standorts, welcher Ende August 2017 auf Rotkreuz fiel, und die Frage der Anschubfinanzierung. Da die Leistungsvereinbarungen der Zentralschweizer Kantone mit der Luzern Tourismus AG Ende 2018 auslaufen werden, beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage, wie eine Weiterführung der Zusammenarbeit aussehen könnte, und liess sich in diesem Rahmen über das Kooperationsmodell 19+ informieren. Schliesslich hat sich die ZVDK mit der Frage auseinandergesetzt, ob sie für einen allfälligen Zentralschweizer Tag am Fêtes des Vignerons 2019 den Lead übernehmen soll. Da die Konferenz den volkswirtschaftlichen Nutzen als zu klein einschätzt, hat sie sich negativ entschieden. Im Berichtsjahr hatte der Urner Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind das Präsidium der ZVDK inne.